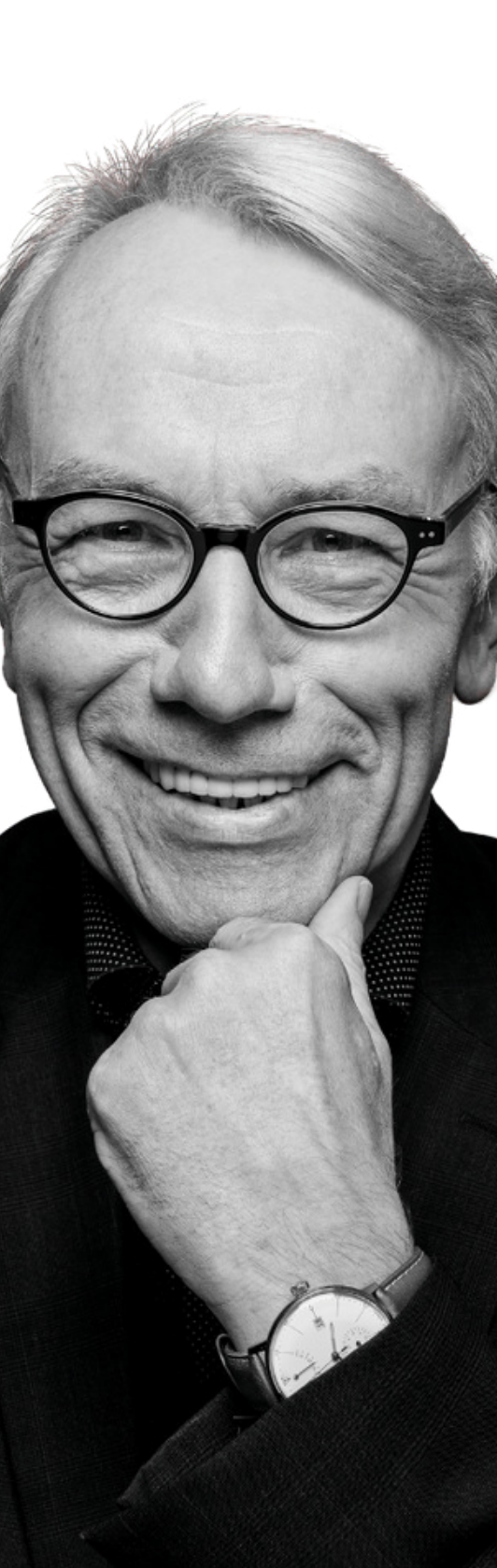




Update aus Berlin

April 22

NEUES
aus dem Wahlkreis

WICHTIGES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Hinter mir liegt wieder eine ereignisreiche Woche in Berlin. Im Laufe des letzten Wochenendes kamen immer mehr schreckliche Bilder und Videoaufnahmen aus dem Kiewer Vorort Butscha und anderen ukrainischen Städten. Einmal mehr wird uns vor Augen geführt, mit welcher Brutalität Putin und die russischen Streitkräfte in der Ukraine vorgehen, um ihre Kriegsziele zu erreichen.

Die Auswirkungen des Krieges haben auch direkte Auswirkungen auf mehrere meiner fachpolitischen Themen. Die Herausforderungen für die Kommunen bei der Aufnahme und Integration der Geflüchteten sind groß. Am Donnerstag hat sich Olaf Scholz daher mit den Ministerpräsident:innen der Länder zu den Verteilungs- und Finanzierungsfragen ausgetauscht. Weitere Informationen hierzu findet ihr auf Seite 5. Den Ländern wird eindrucksvoll geholfen, der Bund übernimmt zusätzliche Kosten. Ich hoffe, dass die Bundesmittel ungeschmälert an die Kommunen weitergegeben werden.

Auch die durch den Krieg nochmals stark gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten haben uns beschäftigt. Die beiden Gesetzespakete haben ein Volumen von über 30 Milliarden Euro. Neben den Hilfen für Bürger:innen sowie Unternehmen, bauen wir unsere Energieversorgung um. Der Gebäudesektor ist einer der wichtigsten Faktoren, wenn wir die Klimaziele erreichen und uns unabhängiger von russischen Gas machen wollen. Ich begrüße die Wiederaufnahme der KfW-Förderung und die sozial gerechte CO₂-Aufteilung zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen. Das vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Gesetzespaket („Osterpaket“) für einen schnelleren Ausbau des Ökostroms ist hierbei ein ganz wichtiger Schritt für den Klimaschutz und um Unabhängigkeit zu gewinnen.

Ich habe für den erneuten Kompromiss mit der Impfpflicht ab 60 gestimmt. Leider haben wir aber keine Mehrheit für unseren Vorschlag gefunden. Ich hoffe, wir bereuen dies nicht im kommenden Herbst. Meine ausführliche Meinung findet ihr auf Seite 4.

Beste Grüße aus Berlin und bleibt gesund
Euer Bernhard Daldrup

Inhalt

Regierungsbefragung mit Olaf Scholz >>> Meine Rede zu dem ersten Entlastungspaket. >>> Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen. >>> Zur Impfpflicht. >>> Finanzierung der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. >>> Bauministerin Geywitz in Beckum.

Regierungsbefragung mit Olaf Scholz

Eines der wichtigsten Elemente unserer Gewaltenteilung ist die Kontrolle der Regierung durch das Parlament. Daher haben die Abgeordneten verschiedenste Fragerechte und die Bundesregierung unterliegt vielen Auskunftspflichten. Der wohl öffentlichkeitswirksamste Teil dieser Kontrollfunktion ist die Befragung der Bundesregierung im Plenum des Bundestages.



In dieser Woche beantwortete unser Bundeskanzler Olaf Scholz die Fragen der Abgeordneten. Im Folgenden eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen:

Die Bilder aus Butscha haben uns alle bis in das Knochenmark erschüttert. Die Ermordung von Zivilisten ist ein eindeutiges Kriegsverbrechen. In Abstimmung mit der Ukraine und unseren Partnern in der NATO und der EU werden wir weiterhin humanitäre Hilfe und Waffen liefern. Auch Anrainerstaaten der Ukraine wie beispielsweise Moldau, können auf unsere humanitäre Unterstützung zählen. Damit unser Rechtsstaat alle benötigten Instrumente bekommt, um die Sanktionen durchzusetzen, planen wir ein Sanktionendurchsetzungsgesetz. Der Krieg bedroht auch die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln, daher setzen wir uns für weltweites Krisenpaket ein. Die Bundesregierung hat angekündigt weitere 430 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Ein Thema das vielen Menschen unter den Nägeln brennt, sind die gestiegenen (Energie-)Preise. Die von der Bundesregierung angekündigten Entlastungspakete sind in ihrem Umfang von über 30 Milliarden Euro die größten in ganz Europa. Unsere Energiepolitik verfolgt zwei Ziele: Auf die kurze Frist wollen wir unabhängig werden von Russland. Dafür treiben wir den Ausbau von Flüssiggasterminals voran, besonders sogenannte ‚Floating LNG Terminals‘ können kurzfristig helfen. Wir werden diese Infrastruktur so ausbauen, dass sie auch für die zukünftige Wasserstoffwirtschaft genutzt werden kann. Denn langfristig werden wir Deutschland zu einer klimaneutralen Industrienation umbauen. Das macht uns auch unabhängig von den Diktaturen dieser Welt. Ein weiterer wichtiger Punkt, der für viele Menschen mit (zu) geringen Arbeitseinkommen die gestiegenen Lebenskosten abfangen wird, ist die Einführung eines Mindestlohns von 12 Euro zum 1. Oktober 2022.

Meine Rede zu dem ersten Entlastungspaket



Meine vollständige Rede findet ihr hier:

Angesichts erheblicher Preiserhöhungen insbesondere im Energiebereich besteht Handlungsbedarf zur Entlastung der Bevölkerung. Wir, die Regierungsfractionen von SPD, Die Grünen und FDP haben daher ein erstes Steuerentlastungsgesetz eingebracht, welches finanzielle Entlastungen und Steuervereinfachungen vorsieht.

"Wer ein höheres Einkommen hat, hat weniger Entlastung [..] Das nennt man soziale Gerechtigkeit."

In meiner Rede habe ich klar gemacht, dass angesichts der Herausforderungen unsere beiden Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro eine angemessene Antwort sind. Während die Linke davon beeindruckt ist und offen zugibt, dass unsere Vorschläge umfangreicher sind als ihre eigenen, versucht die Union unsere Vorschläge noch zu überbieten. Die Kritik der Union, dass wir vor allem kleine und mittlere Einkommen entlasten, empfinde ich viel mehr als Lob für die Zielgenauigkeit unserer Maßnahmen.

Mich haben viele Zuschriften erreicht, in denen gefragt wurde, inwiefern Renter:innen von den Maßnahmenpaketen profitieren. Auch darauf bin ich in meiner Rede eingegangen, denn der Wegfall der EEG-Umlage, die abgesenkte Energiesteuer, die ÖPNV-Flatrate, Einmalzahlungen - falls Sie Leistungsbezieher:innen sind - und der Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher entlasten auch Renter:innen. Die wichtigste Maßnahme aus dem Paket ist die Pauschalzahlung von 300 Euro an Erwerbstätige und Selbstständige. Ich habe die Versteuerung zudem begrüßt, denn das sorgt dafür dass wir kleine und mittlere Einkommen entlasten. Im besten Fall gelingt es uns in dem ersten Entlastungspaket auch noch Maßnahmen aus dem zweiten Entlastungspaket zu integrieren, um den Bürger:innen so schnell wie möglich zu helfen.

Sozial gerecht und ökologisch sinnvoll - Aufteilung des CO2-Preises zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen

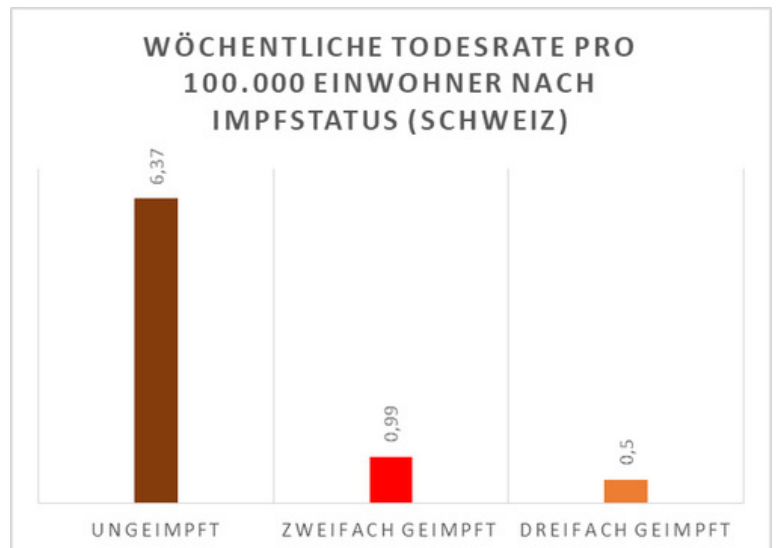
Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die zusätzlich zu den Heizkosten anfallenden CO2-Kosten zwischen Vermieter:innen auf der einen Seite und Mieter:innen auf der anderen Seite gerecht geteilt werden sollen. Die Bundesregierung hat nun einen ersten Entwurf vorgestellt, um diese komplexe Thematik zu regeln. Ab dem 1. Januar 2023 wollen wir den CO2-Preis mit einem Stufenmodell gerecht zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen aufteilen. Das bedeutet: Je schlechter die Energiebilanz des Gebäudes ist, desto mehr zahlen die Vermieter:innen. Dadurch entlasten wir gezielt viele Mieter:innen. Zugleich schaffen wir einen Anreiz für Vermieter:innen, mehr in die energetische Sanierung des Gebäudes zu investieren – so kann der CO2-Preis Lenkungswirkung entfalten. Weitere Informationen, beispielsweise zu den Einstufungen, findet ihr [hier](#).

Zur Impfpflicht

Die Impfpflicht war als Maßnahme gedacht, um wir sicher durch den kommenden Herbst und Winter kommen. Die Entscheidung, sich impfen zu lassen, ist für mich eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung und Solidarität, denn das Coronavirus ist eine Krankheit die von Mensch zu Mensch weitergegeben wird. Damit beeinflusst mein Handeln das Leben meiner Mitmenschen.

Wie in vielen ethischen Fragen handelt

es sich hier um ein Abwägen zwischen verschiedenen Grundrechten. Befürworter einer Impfpflicht betonen den Schutz von vulnerablen Gruppen und das der Grundrechtseingriff durch die Impfpflicht die dann nicht mehr notwendigen Grundrechtseingriff, wie beispielsweise Schulschließungen, mehr als aufwiegt. Die Gegner der Impfpflicht, besonders bei unserem Koalitionspartner FDP, befinden den Grundrechtseingriff als zu groß, um ihn zu rechtfertigen. Diese Meinung respektiere ich, teile sie aber nicht. Was jedoch ein wirklicher Tiefpunkt der Debatte bleibt, ist das Verhalten der Union. Die Union hat aus dieser wichtigen ethischen Gewissensfrage, in der es um das Wohl unserer Gesellschaft und um die Rettung von Menschenleben geht, ein parteipolitisches Spielchen gemacht. Die Union scheint nicht in der Lage zu sein, konstruktiv zu handeln. Sie wollte der Regierung „ein Auswischen“, aber Sie hat ganz Deutschland geschadet. Ich hoffe diese Fehlentscheidung fällt nicht im kommenden Herbst und Winter auf uns zurück. Sodass wir erst dann handeln wenn es zu spät ist und viele Menschen ihr Leben verloren haben.



Einigung zur Finanzierung der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Die kommunalen Spitzenverbände hatten den Bund aufgefordert, den Kommunen bei der Finanzierung stärker unter die Arme zu greifen. Diese Forderungen haben meine volle Unterstützung. Daher freut es mich, dass sich unser Bundeskanzler mit dem Ministerpräsident:innen der Länder beschlossen hat, die wichtigste Forderung der kommunalen Spitzenverbände umzusetzen. Die ukrainischen Kriegsflüchtlinge sollen nicht mehr unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Diese Leistungen werden zum Großteil von den Kommunen bezahlt. Stattdessen sollen die Flüchtlinge unter das SGB II fallen, hier ist der Bund der größte Kostenträger. Es ist richtig, dass wir die finanzielle Belastung für die Kommunen senken. Bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration der ukrainischen Kriegsflüchtlinge handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Kommunen, die Solidarität mit Kriegsflüchtlingen zeigen, sollten dadurch keine finanziellen Einbußen erleiden. Auch in anderen Bereichen bekennt sich der Bund weiterhin zu seiner Mitverantwortung, detaillierte Informationen findet ihr [hier](#).

Bauministerin Geywitz in Beckum: In nachhaltiges Bauen investieren



In der letzten Woche hat Bundesbauminister Klara Geywitz auf meine Einladung Beckum besucht. Auf den Terminplan stand natürlich ein Besuch des ersten 3D-gedruckten Hauses in Deutschland. Danach gab es eine Gesprächsrunde mit Vertretern aus Bauwirtschaft, Zementindustrie, Verbraucherberatung und Politik. Geywitz machte deutlich, dass die Wirtschaft in nachhaltige Baustoffe investieren müsse. Matthias von der Brelje, Direktor Vertrieb Zement & Bindemittel von Holcim

Deutschland betonte, dass es technisch möglich wäre, „grünen Zement“ herzustellen. Derzeit gebe es dafür aber keine Lobby – obwohl Zement weltweit für etwa acht Prozent der CO₂ - Emissionen verantwortlich sei. Die Ministerin kündigte daraufhin an, sich mit der Zementindustrie an einen Tisch setzen zu wollen. Werner Tyrell von der Bau- und Wohnungsgenossenschaft Wadersloh sprach die wegfallenden KfW-Fördermittel an. Diese hatten sich laut Ministerin am Ende zu einem „Eigentumsförderprogramm“ entwickelt. Dies sei aber nicht Ziel der Maßnahme gewesen, die im Übrigen für den Staat immens teuer gewesen sei. Schon in wenigen Wochen werde aber ein Anschluss-Förderprogramm kommen, stellte die Ministerin in Aussicht – eine Fortsetzung des Effizienzhauses 40.